

Kapitals tritt immer deutlicher in Erscheinung. Auch auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik werden die Gebrechen des imperialistischen Systems im Prozeß der sich vertiefenden allgemeinen Krise und nicht zuletzt ange-

sichts der immer überzeugenderen Überlegenheit des Sozialismus sichtbarer denn je. Betrachten wir einige Auswirkungen imperialistischer Gesundheitspolitik in bezug auf das betriebliche Gesundheitswesen.

Jugendsünde frühkapitalistischer Verhältnisse, sondern leidvolle Gegenwart.

Für das Kapital sind in der Regel alle Aufwendungen für Arbeitsschutz und Gesundheitsfürsorge keine notwendigen Kosten, sondern profitmindernde Ausgaben. Die daraus resultierende, die Gesundheit und das Leben der Werktätigen permanent bedrohende Lage läßt sich in der BRD unter anderem an folgenden Tatsachen nachweisen:

Unternehmen — keine „Wohlfahrtseinrichtung“

Im April 1974 schrieb die schwedische Zeitung „Ny Dag“: „Die Gewinnkurve bei Volvo (Schwedischer Auto-Werkkonzern. Der Verf.) und die Unfallziffern haben eines gemeinsam: beide steigen fast zu gleichen Prozenten.“ Das Blatt berichtete, daß innerhalb des letzten Jahres die Zahl der Arbeitsunfälle um 40 Prozent stieg und die Konzernleitung bemüht ist, mit Hilfe spezieller Statistiken die zunehmende Unfallziffer zu verdunkeln.

Aus einer Analyse, die ein britischer Sozialforscher im Frühjahr dieses Jahres vorlegte, geht hervor, daß in Großbritannien jährlich mindestens 3000 englische Arbeiter bei Arbeitsunfällen ums Leben kommen oder an den Folgen von Berufskrankheiten sterben.

Der 1973 von der BRD-Regierung veröffentlichte „Unfallverhütungsbericht“ weist aus, daß alle 13 Sekunden ein Werkträger bei der Arbeit verunglückt und alle 2 Stunden ein Todesfall am Arbeitsplatz zu verzeichnen ist. Wurden 1972 2,489 Millionen **Arbeitsunfälle** angezeigt, so bleibt diese schreckliche Bilanz mit 2,480 Millionen im Jahre 1973 nahezu konstant.

Die offiziellen BRD-Angaben spiegeln das tatsächliche Ausmaß der Arbeitsunfälle nur unvollkommen wider. Etwa 400 000 Unfälle, so schätzen Experten, werden jedes Jahr

verschwiegen oder zählen zu den nicht meldepflichtigen Betriebsunfällen, weil sie nicht mit einer mehr als dreitägigen Arbeitsunfähigkeit verbunden sind.

Ausländische Arbeiter sind in der BRD am meisten gefährdet. Von 1000 sogenannten Gastarbeitern erleiden jährlich etwa 219 einen Unfall, während das Verhältnis bei den einheimischen Werktätigen bei 87 pro 1000 liegt.

Hinter diesen nüchternen Fakten und Zahlen verbirgt sich eine der wesentlichsten Seiten der Arbeits- und Lebensbedingungen im Kapitalismus überhaupt: die Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems in Gestalt der Rücksichtslosigkeit des Kapitals gegenüber Gesundheit und Leben der arbeitenden Menschen. Und diese Rücksichtslosigkeit des Kapitals ist nicht etwa — wie von Apologeten des Kapitalismus oftmals behauptet — eine Art

ϕ Ende 1971 gab es in der BRD 1,4 Millionen Unternehmen, in denen bis zu 200 Werktätige arbeiteten. Aber nur in 205 dieser Betriebe gab es Möglichkeiten einer gesundheitlichen Betreuung.

Selbst von den 11 700 Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten verfügten nur 1325 über Einrichtungen und Personal zur medizinischen Betreuung der Werktätigen.

Für die rund 27 Millionen Werktätigen der BRD standen 1971 nur 466 hauptberuflich tätige Werkärzte zur Verfügung. Weitere 2000 beteiligten sich nebenberuflich am werkärztlichen Dienst, teils halbtags, teils ein- oder zweimal im Monat oder noch seltener.

Alles in allem: Nur etwa 0,1 Prozent aller Unternehmen in der BRD verfügen über einen Gesundheitsdienst.

Gesetze für Kapitalisten nicht verbindlich

Auf Druck breiter demokratischer Kreise in der BRD, vor allem der Gewerkschaften, wurde inzwischen von der BRD-Regierung ein „Arbeits-sicherheitsgesetz“ in Kraft gesetzt, mit dem eine bessere gesundheitliche Betreuung der Werktätigen durch qualifizierte Arbeitsmediziner erreicht werden soll. Wie für die kapita-

listische Gesetzgebung charakteristisch, sind die Bestimmungen auch dieses Gesetzes so gefaßt, daß sie für die Unternehmer keinen verbindlichen, verpflichtenden Charakter tragen. Außerdem wäre die Erfüllung dieser gesetzlichen Empfehlungen frühestens in 10 Jahren möglich. Immerhin fehlen etwa 9000 Betriebsärzte,